



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Reichsrat und Delegationen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

ausbleiben können, daß die eine oder die andre auch einmal schlecht geleitet ist, wie unsre Zeit beweist. Die fehlerhafte Organisation macht sich jedoch auch bei der am besten geleiteten und gesündesten Hypothekenbank geltend und muß sich geltend machen, solange sie eben eine Hypothekenbank ist.

Zum Schluß wird man fragen: Gibt es denn solche gesunde Krediteinrichtungen, wie die verlangten? Allerdings. Sie bestehen fast ein Jahrhundert länger als die Hypothekenbanken. Es sind das die Pfandbriefverbände, die gewöhnlich Landschaften genannt werden und von Friedrich dem Großen in Preußen für die einzelnen Provinzen ins Leben gerufen wurden. Sie beschränken jedoch ihre Thätigkeit auf landwirtschaftliche Güter, also auf das Land, sie beleihen keine Häuser, wenn auch schon die Stadt Berlin und die Städte Westpreußens ähnliches für sich geschaffen haben. Die Sparkassen beleihen nun zwar auch Häuser, sind aber für den Grundbesitz gleichfalls fehlerhaft organisiert, wenn sie auch nicht die vielen Schäden der Hypothekenbanken gezeitigt haben. Die Thätigkeit der Sparkassen in ihrer Beziehung auf den Grundbesitz und weiter die Vorzüge von Pfandbriefverbänden für diesen sollen später erörtert werden.

Spandau

Georg Baumert



Aus Reichsrat und Delegationen



uch am österreichischen Parlamentshimmel gekehrt noch Zeichen und Wunder. Wer nach dem glücklichen Schlusse der Tagung die Leistungen des Reichsrats übersieht, muß nach den Erfahrungen der letzten vier Jahre staunen. Es ist ja das vernünftigste, was die Vertreter der verschiedenen Völker Österreichs thun konnten. Aber man wundert sich doch darüber, weil sie es eben so lange nicht hatten thun wollen. Zweifellos hat einen großen Teil an der wiederhergestellten Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses die leidenschaftslose Beharrlichkeit des Ministerpräsidenten Körber, mit der er alle von nationaler Leidenschaft, von politischem Mißtrauen, von Parteihaß und persönlicher Böswilligkeit seinen Bemühungen in den Weg gelegten Hindernisse wegzuräumen wußte. Aber auch die verschiedenen Parteien haben es an Selbstüberwindung, an Nachgiebigkeit nicht fehlen lassen, wenn kritische Augenblicke eintraten, und das mühsam herbeigeführte Einverständnis zwischen den sich mißtrauisch beobachtenden Volksvertretern in die Brüche zu gehn drohte.

Dafür bringen sie nun auch bedeutende wirtschaftliche Errungenschaften nach Hause. Die Investitionsvorlage bringt vor allem den Alpenländern die seit Jahrzehnten angestrebte zweite Eisenbahnverbindung nach Triest, das Wasserstraßengesetz sichert die Ausführung von vier mächtigen Kanälen, die

dem Verkehr zwischen Donau, Elbe, Oder und Weichsel neue Bahnen weisen werden. Und niemand zweifelt, daß sich die hierzu erforderlichen vielen hundert Millionen ohne übermäßige Belastung der Bevölkerung werden aufbringen lassen. Der Kredit Österreichs, der durch die mehrjährige Herrschaft des § 14 schon recht bedenklich ins Schwanken gekommen war, ist durch die Wiederherstellung geordneter Parlamentsverhältnisse neu gekräftigt worden, und der österreichische Finanzminister darf mit den Bedingungen, unter denen er eine Investitionsanleihe abschließen konnte, ganz zufrieden sein.

Freilich hat es nicht an kritischen Augenblicken gefehlt, wo man die Befürchtung hegen mußte, daß der parlamentarische Gottesfriede gleich einem Kartenhaus zusammenstürzen werde. Kaum war es gelungen, das von den Jungtschechen geforderte Sinctim zwischen Investitionsvorlage und Kanalprojekt praktisch herzustellen und den mehr taktischen als sachlichen Widerstand der Alldeutschen gegen diese Nachgiebigkeit unschädlich zu machen, so drohte die von den böhmischen Feudalen und von den Agrariern beiderlei Nationalität erhobene Forderung, daß die Regulierung der Flüsse den Kanalbauten vorgehen müsse, die Durchführung des friedenbringenden Verkehrsprogramms zu vereiteln. Allgemein glaubte man in dieser zuerst vom Fürsten Schwarzenberg aufgeworfenen Schwierigkeit das Bestreben des Feudaladels zu erkennen, jede Verständigung zwischen Tschechen und Deutschen zu hintertreiben. Der Geduld Dr. Körbers und der endlich erwachten Arbeitslust aller Parteien gelang es, auch in dieser Frage ein billiges Übereinkommen zu treffen. Dabei wurden aber auch die geheimen Treibereien des Feudaladels, sein Versuch, sich die agrarische Bewegung gegen die bisher verbündeten Jungtschechen dienstbar zu machen, enthüllt, und die deutschen Parteien können nur mit der größten Befriedigung die Spannung begrüßen, die sich hieraus zwischen den beiden gegnerischen Parteien entwickelt hat. Die von der Obstruktionspolitik jahrelang in Erregung gehaltenen tschechischen Volksmassen beginnen sich zu beruhigen. Neben der Aussicht auf die aus dem Bau der Wasserstraßen erwachsenden wirtschaftlichen Vorteile, die übrigens auch deutschen Gegenden zu gute kommen, ist auch die Berufung zweier tschechischer Notabilitäten der Litteratur und der Kunst in das Herrenhaus und die durch ein großherziges Geschenk des Kaisers ermöglichte Errichtung einer böhmischen Nationalgalerie von großem Einfluß auf die Herbeiführung dieses erfreulichen Stimmungswechsels gewesen.

Auch eine sozialpolitische Errungenschaft war die Bedingung und ist nun ein gesicherter Erfolg der ungestörten parlamentarischen Arbeit, das Bergarbeitergesetz. Die Sozialdemokraten haben zwar den Achtstundentag im Kohlenbergbau nicht durchsetzen können und sich mit dem Neunstundentag begnügen müssen. Aber wenn auch die Beratung dieses Gesetzes die Veranlassung eines der wenigen stürmischen Auftritte während der letzten Wochen im Abgeordnetenhaus war, so ist es eben doch zustande gekommen und bedeutet immerhin eine wesentliche Verbesserung der Lage der Bergarbeiter, wie sogar die sozialdemokratische Presse anerkennt.

Daß in der verhältnismäßig kurzen Zeit so viele und so große Vorlagen erledigt werden konnten, ist auch ein Verdienst des Abgeordneten Bärnreither vom verfassungstreuen Grundbesitz, auf dessen Anregung und mit dessen werththätiger Hilfe zwischen den Obmännern der Parteien ein Verhandlungskalendarium vor Pfingsten und ein solches nach Pfingsten vereinbart wurde, das allen Parteien eine große Selbstbeschränkung im Reden auferlegte. Nur durch jedesmaligen Schluß der Debatte, sobald ein Redner jeder Partei, oft auch nur der größern Parteien, gesprochen hatte, wurde die Einhaltung des Kalendariums ermöglicht, dessen Grenzen durch die der Eröffnung des böhmischen Landtags vorangehende Kaiserreise nach Böhmen gesteckt waren. Der Besuch des Monarchen in Prag, auf den die Tschechen nach längerer Entfremdung zwischen ihnen und der Krone großen Wert legen, war eben auch von ihrem parlamentarischen Verhalten abhängig gemacht worden und mußte natürlich, obwohl auch in der Landeshauptstadt an der Anerkennung und Beobachtung der sprachlichen Parität und parteipolitischen Neutralität auf Verlangen des Kaisers streng festgehalten wird, eine Ergänzung in einem wenn auch nur kürzern Besuche der beiden deutschen Städte Leitmeritz und Aussig finden. Daß sich die Bevölkerung der beiden Städte bei aller Loyalität das Aushängen schwarzrotgoldner Fahnen neben den schwarzgelben nicht nehmen läßt, zeugt von ihrer strammdeutschen Gesinnung. Die von Dr. Körber auf Verlangen der Alldeutschen ausgesprochne Anerkennung dieses Rechts zeigt, daß in Oesterreich nie mehr gegen die Deutschen, überhaupt nie mehr gegen ein Volk regiert werden wird.

Neben der Selbstverleugnung, die die Befreiung des verfahrenen Staatsfarrens allen Parteien des Reichsrats auferlegte, ist der Verzicht auf eine grundsätzlich wohl gebotne Ahndung der Verstöße gegen die Verfassung durch den Gebrauch des § 14 ein vielleicht zu weit getriebnes Entgegenkommen der gemäßigten Parteien gewesen und auch nur gegen den Widerspruch der radikalen Gruppen, der Alldeutschen und der Sozialdemokraten erfolgt. Der offenbare Mißbrauch des Notverordnungsrechts durch den tschechischen Finanzminister Kaizl, der Erlaß neuer Gebührenvorschriften, der neben andern Ursachen eine verhängnisvolle Wirkung auf die Bauhätigkeit der Städte ausübt und darum eine so starke Erregung in den Erwerbskreisen hervorgerufen hatte, daß das Kabinett Körber die Notwendigkeit einer gesetzlichen Änderung erkannte, hat wenigstens im Herrenhause bei der Beratung der Gebührennovelle dazu geführt, daß wohl in einer für alle Zeiten wirksamen Weise diese haarsträubende Mißachtung des Gesetzes verurteilt wurde, indem der Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofs, Freiherr von Lehmayr, in einer glänzenden Rede einen Protest der Verfassungspartei des Herrenhauses gegen die Wiederholung eines solchen Vorgangs begründete.

Formell der wichtigste Schritt der Rückkehr zu streng verfassungsmäßigen Zuständen ist übrigens die Bewilligung eines halbjährigen Budgetprovisoriums, wodurch der Reichsrat nach vierjähriger Unterbrechung endlich sein wichtigstes

Recht ausgeübt hat. Als Vertrauensvotum für die Regierung wollten übrigens trotz ihrer von allen Seiten anerkannten Verdienste auch die aufrichtigsten Stützen des Kabinetts Körber, die deutsche Volkspartei, die deutsche Fortschrittspartei und der verfassungstreue Großgrundbesitz, diese Bewilligung nicht betrachtet wissen, und nur mit sehr vielen Vorbehalten stimmten ihr Polen, Tschechen und Feudale zu. Insbesondere sprachen die Tschechen viel davon, daß das an ihnen durch die Aufhebung der Sprachverordnungen angeblich begangne Unrecht immer noch nicht wieder gut gemacht worden sei. Aber in den Kreisen ihrer Wähler haben sie abgewiegt. Der Abgeordnete Herold, einer der schärfsten Kampfhähne, begründete im Prager freisinnigen Klub die Notwendigkeit des Strebens nach politischer Macht mit der Gefahr, die durch die Kraft der pangermanischen Ideen der Existenz des tschechischen Volks erwachse, und befürwortete eine praktische Politik, d. h. weder Obstruktion noch Opportunismus, eine thatkräftige Politik der Arbeit und verlangte die Ausscheidung der politischen Rabulistik und des leeren Demagogentums, die Abschaffung einer Politik der Verneinung und der Schlagworte. Auch der Abgeordnete Kramarz, der merkwürdigerweise die Änderung in der Taktik der tschechischen Abgeordneten leugnete, fand doch, daß die Übereinstimmung, die zwischen Deutschen und Tschechen wegen der Bewilligung der Wasserstraßenvorlage zu stande gekommen ist, eine gewisse suggestive Kraft habe. Eine Schlichtung des nationalen Haders durch einen billigen und gerechten Ausgleich fand er allerdings bei der Haltung der Deutschradikalen undenkbar. Leider hat Kramarz Recht mit der Behauptung, daß eine dauernde Gefundung des Reichs ausgeschlossen ist, solange es zu keinem Frieden in Böhmen kommt, und daß darum auch das österreichische Parlament ein Parlament auf Kündigung bleibe.

Vorläufig darf man sich aber doch des Gottesfriedens freuen. Welcher Belastung man ihn schon für fähig hält, zeigt der Vorschlag der Quotenkommission, der in Österreich ebenso unbeliebt ist wie in Ungarn. Eine Annahme im Plenum des Hauses war allerdings ausgeschlossen, und so wird wieder, wie in den letzten Jahren, die Feststellung der Quote durch den Kaiser erfolgen müssen.

Die Arbeitsfähigkeit des Reichsrats ist nun auch nicht ohne gute Rückwirkung auf den Verlauf der Delegationen geblieben, oder hat wenigstens den Österreichern in diesem Jahre das Gefühl politischer Minderwertigkeit gegenüber den Ungarn erspart. Der große Unterschied der Anschauungen trat allerdings schon bei den Ansprachen der beiden Delegationspräsidenten bei ihrem Empfang in der Hofburg hervor. Graf Julius Szapáry bezeichnete den Dreibund, „das sicherste Unterpfand des europäischen Friedens,“ als den Grundstein der auswärtigen Politik der Monarchie, Prinz Lobkowitz erwähnte ihn mit keinem Worte. Dieses Schweigen des eigentlichen Führers der Tschechen ist immerhin wahrhaftiger als die Beteuerung Szapárys, daß dieses Bündnis, das ja in der That seit so vielen Jahren den Interessen des Magyarentums entspricht,

in Ungarn tiefe Wurzel gefaßt habe. Denn im Grunde genommen stehen Tschechen und Magyaren dem deutschen Einfluß ganz gleich feindlich gegenüber. Nur wissen die Magyaren die ihren Verschmelzungsbestrebungen so günstige Rückendeckung durch den mitteleuropäischen Friedensbund klüger auszunützen und ihn offiziell rückhaltloser zu loben als die Tschechen, die schließlich doch von einem noch viel fanatischeren Deutschenhass befeelt sind. Daß sich aber, abgesehen von der korrekten bundesgenossenschaftlichen Haltung der deutschen Reichsregierung und des Quirinals, das Magyarentum in den Volkstreisen sowohl Deutschlands wie Italiens nicht mehr der frühern Beliebtheit erfreut, gab Graf Szapáry durch die Äußerung des Wunsches zu, daß die Völker des Deutschen Reichs und Italiens dieselben Sympathien für „uns“ bekunden möchten, die „wir“ für sie hegten. Nach dem ganzen Ideenkreise, worin sich die Wirksamkeit der Delegation bewegt, bezeichnet das persönliche Fürwort in diesem Falle nicht etwa die Gesamtheit der Bewohner der Monarchie, sondern nur die Magyaren. Und bezüglich ihrer Sympathien für den Dreibund hat Graf Szapáry vom Budapesti Hirlap, das sich vortrefflich auf die Regungen der magyarischen Volksseele versteht, eine scharfe Lektion dafür bekommen, daß er zu erklären gewagt hat, die öffentliche Meinung ganz Ungarns billige die im Exposé des Grafen Goluchowski dargelegte äußere Politik. Klipp und klar wird dort ausgesprochen, daß dies ganz und gar nicht der Fall sei, daß ihr vielmehr sehr ernstliche, wirtschaftliche wie politische Bedenken entgegenstünden. Der Abgeordnete Gabriel Ugron, der sich zum Hauptdolmetsch dieser Bedenken gemacht hat, ist von seiner Fraktion laut gefeiert worden, und der gut regierungsfreundliche Budapesti Hirlap spendet ihm ebenfalls alles Lob für die scharfe Kontrolle, die er als Führer der Opposition an dem Gebaren der gemeinsamen Minister geübt hat. Sehr abfällig wird auch über den sonst hochgelobten Referenten des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Max Falk, geurteilt, und dasselbe Schicksal widerfährt sogar Koloman Tisza, obwohl er sich dem Vertrauensantrage, dessen Graf Goluchowski allerdings weit mehr bedürftig ist, als er ihn verdient, nicht angeschlossen.

Sind schließlich auch alle Ausschufsanträge sowohl in der ungarischen wie in der österreichischen Delegation angenommen worden, so ist dieses Ergebnis doch keineswegs ausschlaggebend für die Beurteilung der Stimmung, die über die Rolle der Monarchie im Dreibunde und über die Stellung ihrer einzelnen Völker insbesondre zur Allianz mit dem Deutschen Reiche laut geworden ist. Der Auffassung, die im Namen der Alldeutschen Hermann Wolff ausgedrückt hat, ist begreiflicherweise vom Jungtschechen Raftan sofort widersprochen worden. Immerhin muß man es als Fortschritt bezeichnen, wenn Raftan in Abrede stellt, daß seine Volksgenossen grundsätzliche Gegner des Dreibunds seien. Wesentliche Vorteile wollen sie aber nicht in ihm finden, wenn sich nicht durch das politische Verhältnis das wirtschaftliche Einvernehmen inniger gestalten läßt. „Ein Leoninischer Vertrag, der die Ausfuhr österreichischer Bodenprodukte

nach Deutschland erschwert, und die Einfuhr deutscher Industrieerzeugnisse nach Österreich unterstützt, könnte nur über eine Brücke geschlagen werden, zu deren Aufrichtung Graf Goluchowski keinen österreichischen Ingenieur bereit finden würde.“ Die Österreicher sollen sich nicht weiterhin damit begnügen, im Schatten des Deutschen Reichs zu kämpfen. Nur die Pflege der Volkswirtschaft und der Gerechtigkeit im Innern, die der tschechischen Nation die ihr vermöge ihrer Intelligenz und ihrer wirtschaftlichen Kraft gebührende Stelle in der Monarchie einräumt, werde Österreich wieder auf die einstige achtunggebietende Höhe bringen, von der es aus Liebe, aus Furcht oder aus Rücksicht auf das mächtige Deutsche Reich herabgestiegen ist. Übrigens wäre es nach tschechischer Anschauung im Interesse aller Dreibundstaaten, wenn das politische Bündnis nicht erneuert, sondern die Einigung auf Grund der gegenseitigen politischen Sympathien angestrebt würde.

Mit Recht durfte dagegen Wolff sagen, daß die Alldeutschen, die nicht mit verdeckter Gehässigkeit gegen den Dreibund vorgingen, die Interessen Österreichs besser im Auge hätten und nicht einer nationalen Überschwenglichkeit geziehen werden dürften, wenn sie den Dreibund nach wie vor als unerschütterliche Grundlage der auswärtigen Politik betrachtet wissen wollten, ohne dafür belohnt werden zu wollen und ohne mit ihrem Patriotismus zu prahlen. Das war zugleich eine deutsche Antwort auf die Ausführungen des ungarischen Delegierten Berzevichy, der zwar auch warm für den Dreibund, der den magyarischen Politikern nur eine Umschreibung des Bündnisses mit Deutschland bedeutet, eintrat, aber die Stammesgemeinschaft nicht als entscheidendes Motiv gelten lassen wollte. Um die Loyalität des Magyarentums in das hellste Licht zu setzen, beschuldigte er die Alldeutschen zentrifugaler Bestrebungen, widersprach aber der Behauptung Ugrovns, daß sie durch die maßgebenden Stellen des Deutschen Reichs Nahrung erhielten. Freilich wurde als Hauptanstifter der deutschen Bewegung in Österreich und in Ungarn der Allgemeine deutsche Schulverein hingestellt und nur, wenigstens für Ungarn, Trost in der Thatfache gefunden, daß vor fünfzehn Jahren Protestversammlungen die Einmischung des Schulvereins angeblich im Namen der ungarländischen Deutschen zurückgewiesen haben. Daß dies lediglich das Werk von gesinnungslosen Strebern oder chauvinistischen Renegaten war, wird selbstverständlich nicht zugegeben.

Mag man also auch im Deutschen Reiche und wegen der verdeckten Ausfälle der ultramontanen Volkspartei auch in Italien das zweifelloso Vorhandensein feindseliger Unterströmungen im Gegensatz zu der bundestreuen Haltung des Ministeriums des Äußern unliebsam vermerken, so kann vom Standpunkt der innern Verhältnisse der Monarchie doch der Verlauf der Delegationen im großen und ganzen als ebenso befriedigend angesehen werden, wie die in der letzten Tagung entwickelte Thätigkeit des Reichsrats. Wie sehr aber diese Wendung zum Bessern, die Anbahnung einer schließlichen Verständigung zwischen Tschechen und Deutschen, die auch auf die Beziehungen zum Deutschen Reiche nur auf das vorteilhafteste einwirken mußte, dem Feudaladel ein Dorn im

Auge ist, hat nichts deutlicher gezeigt, als die in ihrer Art bewundernswürdige Rede des österreichischen Delegierten Grafen Schönborn, worin er anerkannte, daß der Dreibund die Ursache einer so langen Erhaltung des europäischen Friedens sei, und erklärte, daß das Schwergewicht der politischen Lage nicht in der Allianz mit Italien, sondern in der mit Deutschland liege, aber nicht zugeben wollte, daß ebenso wie sich die Deutsch=Österreicher aus nationalen Gründen freuten, mit dem Deutschen Reiche alliiert zu sein, dies die Slawen aus denselben nationalen Gründen ebenso freuen solle. Vom Österreicher welchen Stammes immer könne und müsse man begehren, daß er sich den Exigencien des Großstaats füge und unter Wahrung seiner Nationalität dem anbequeme, was zur Erhaltung der Monarchie und des Friedens förderlich sei. Man dürfe aber die Sympathien der einen nicht den andern künstlich aufnötigen wollen. Neben dieser Rechtfertigung der tschechischen Antipathie gegen den Dreibund, der in seinen Wendungen als nationales Joch hingestellt wurde, stellte der feudale Redner als Grundbedingung politischer Freundschaft die gegenseitige Achtung auf und ließ durchblicken, daß das Bündnis mit dem Deutschen Reiche weder die Selbstachtung noch die Selbständigkeit der Monarchie verletzen dürfe. Trotz der Berufung auf das Wort des Grafen Goluchowski, daß dem Bündnis die volle Gleichberechtigung zu Grunde liege, und auf die allerdings auf Rußland gemünzte, aber auch für Österreich gültige Äußerung des Grafen Bülow, daß die Basis einer Verständigung immer nur die volle Reziprozität und volle Unabhängigkeit des eignen Landes sein könne, hat eben Graf Schönborn alle nationalen und staatlichen Empfindlichkeiten zu wecken gesucht, um es zu keiner Festigung des innern Friedens kommen zu lassen, dessen Bestand die Feudalen verhindert, im Trüben zu fischen und wie schon oft die Macht im Staate — erfahrungsgemäß nicht zu seinem Wohle — an sich zu reißen.

Doch ist jetzt wohl die Hoffnung berechtigt, daß das wirtschaftliche Zusammenarbeiten fast aller Reichsratsparteien feste Fäden zu einer Annäherung auch in nationalen Fragen, insbesondere zwischen Deutschen und Tschechen, gesponnen hat. Die Reise des Kaisers in Böhmen, die zwar bei wiederholten Gelegenheiten in den die beiden Völker trennenden tiefen Abgrund hat sehen lassen, wird sich ohne Zweifel als nicht ganz erfolglose Friedensmission erweisen. So darf die parlamentarische, politische und dynastische Arbeit der letzten Monate als Anfang einer günstigeren Gestaltung der innern Verhältnisse Österreichs und damit der ganzen Monarchie angesehen werden.

